Beschluss Bezahlkarten: Populismus auf dem Rücken von Geflüchteten tragen wir nicht mit!

Antragsteller*in:	Elina Schumacher, Tariq Kandil
Tagesordnungspunkt:	4 Verschiedene Anträge

Antragstext

Gegen Rechts hilft nicht selbst nach Rechts zu rücken:

Wir, die Grüne Jugend Berlin, lehnen die Einführung von Bezahlkarten für Geflüchtete ab. Nach GEAS und dem RückVG ist diese eine weitere von den Grünen mitgetragene Verschärfung, die Menschen marginalisiert, bevormundet und unter Generalverdacht stellt.

Die Debatte rund um die Bezahlkarte konstruiert Probleme wo keine sind auf dem Rücken von Geflüchteten. Bezahlkarten stigmatisieren Menschen. Es gibt keine faktische Grundlage hinter der Behauptung, dass Geflüchtete Geld in ihre Heimat schicken und auch keine vernünftige Antwort auf die Frage, warum das überhaupt ein Problem sein sollte. Mit einer klaren Kante gegen Rechts hat die Einführung von Bezahlkarten nichts zu tun.

Bezahlkarten machen das Leben teurer, denn an vielen Orten, die darauf ausgelegt sind, besonders günstige Angebote zu machen, kann nicht mit Karte bezahlt werden, wie bei den Tafeln, oder auf Flohmärkten und in Sozialkaufhäusern.

Die Realität ist, dass Kommunen schon heute in der Lage sind, diese rassistische und klassistische Politik eigenständig umzusetzen. Dass Bezahlkarten nicht schon jetzt bundesweit eingesetzt werden, liegt u.a. am bürokratischen Aufwand hinter den Bezahlkarten, der Kommunen finanziell und personell belastet. Eine Neuregelung hierzu auf Bundesebene hat nichts mit tatsächlichen Unterstützungsbedarfen der Kommunen und Ländern zu tun. Wir lehnen auch die von der Union geforderte Einführung von Bezahlkarten für arbeitslose Menschen und Menschen in der Obdachlosigkeit ab. Auch hier ist klar, dass die Bezahlkarten keine Probleme lösen, sondern Stigmatisierung und Marginalisierung verstärkt.

Wer auf Bezahlkarten pocht, hat die Lektion noch nicht gelernt: Schon in den 90er Jahren betrieb die CDU stigmatisierende Politik. Als Bezahlkarten damals in Berlin eingeführt wurden, nutzten viele Einzelhändler*innen die Not der Geflüchteten aus, um deren Guthaben gegen Geld zu wechseln; oft mit absurden Margen. Ab 2016 wurde in Erding erneut durch die Einführung von Bezahlkarten die Freiheit von Geflüchteten eingeschränkt, jedoch kam es oft zu tagelangen technischen Störungen, sodass auch dieses Konzept nach der Pleite des Zahlungsdienstabwicklers ruhen gelassen wurde.

Für uns ist klar: Es ist nicht hinnehmbar, dass ausgerechnet Menschen, die oft Arbeitsverboten unterliegen, weniger als Bürgergeldempfänger*innen bekommen und ohnehin schon Traumata bewältigen müssen und Rassismus ausgesetzt sind, für politische Angstmache herhalten müssen. Das ist menschenverachtend.

Begründung

Robert Habeck hat am 29.02.2024 und somit nach der Antragsfrist mit folgender Begründung den Grünen Widerstand gegen die Bezahlkarte aufgegeben: "Die Bezahlkarte ist sinnvoll, um zu verhindern, dass Geld ins Ausland überwiesen wird. Entsprechend wird der Formulierungshilfe für die Einführung einer bundesweit einheitlichen Gesetzesgrundlage für die Bezahlkarte zugestimmt." Das ist einfach nur quatsch und hat mit grüner Politik und der Lebensrealität von Geflüchteten nichts zu tun.